

## Felderer will Flexibilität – Tumpel: Arbeit für Ältere schaffen

# Zu- und Abschläge als Anreiz für eine verlängerte Lebensarbeitszeit

**Der Leiter des Instituts für Höhere Studien (IHS), Bernhard Felderer, tritt in der Pensionsdiskussion für ein flexibles Pensionsantrittsalter ein. Es solle auch möglich sein, länger zu arbeiten. Versicherungsmathematische Zu- und Abschläge sollten ein Anreiz sein, länger im Erwerbsleben zu bleiben, so Felderer am Sonntagabend in der TV-Diskussion „Zur Sache“.**

Felderer vertritt die Ansicht, dass bei einem flexiblen Antrittsalter auch mehr ältere Menschen Jobs bekommen könnten.

„Je näher wir drankommen, desto unwahrscheinlicher wird, dass der Arbeitskontrakt zustande kommt“, so Felderer zur aktuellen Situation: Für nur wenige Jahre lohne es sich weder für Arbeitgeber noch für Arbeitnehmer, eine Beschäftigung zu vereinbaren. Bei einem flexiblen Alter könne aber sehr wohl auch eine längere Beschäftigung das Ergebnis sein.

Es bestehe „kein Zweifel, dass wir in Zukunft länger arbeiten werden müssen“, meinte auch Alois Guger vom Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo). Er geht davon aus, dass die Beschäftigung der Älteren wegen der demografischen Entwicklung auch tatsächlich möglich sein werde. Für Guger ist die Frage der Frühpensionen primär ein arbeitsmarktpolitisches Problem. Denn die Hälfte jener, die wegen langer Versicherungsdauer in Frühpension gehen, sei arbeitslos gewesen.

Notwendig sei es auch, Vertrauen ins Pensionssystem zu schaffen, so Guger. Es müsse – im Gegensatz zur aktuellen Situation – nach einer eingehenden Diskussion „klare Regeln, die nicht dem politischen

Zugriff so leicht zur Verfügung stehen“, geben. Als Vorbild dafür könnte zum Beispiel die Geldpolitik dienen.

Bernd Marin vom Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung wiederum gibt sich überzeugt, dass die Menschen Verständnis dafür hätten, länger zu arbeiten: Wenn eine grundlegende Reform des Pensionssystems sanft umgesetzt werden soll, müsse bald begonnen werden.

Arbeiterkammer-Präsident Herbert Tumpel (S) will vor allem bei den Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere ansetzen. Er beklagte, dass das gesellschaftliche Klima gegen die Beschäftigung Älterer gerichtet sei. Für Tumpel ist klar, dass Personen, die arbeitslos oder die „krank und wirklich kaputt“ sind, nicht gesagt werden könne, sie müssten länger arbeiten.

Der AK-Präsident kritisierte, dass der Bundeszuschuss zu den verschiedenen Pensionsversicherungen unterschiedlich hoch sei. Außerdem sollte es zu Kostenwahrheit kommen: Der Bundeszuschuss decke bestimmte Leistungen – etwa für Pensionszeiten für Kindererziehungen oder Präsenzdienst – ab. Die Mittel sollten daher den entsprechenden Ressorts zugerechnet werden.

Gar kein Verständnis für die aktuelle Pensionsdiskussion hat Roswitha Bachner von der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter in der Gewerkschaft Hotel und Gastgewerbe. Es gebe „massive Proteste, Beschwerden, Verunsicherungen“. Denn noch bevor die Pensionsreform aus 1997 „überhaupt zu wirken beginnen kann, stellt man diese Reform schon wieder in Frage“.

Für die Beamtengewerkschafterin Christine Gubitzer (Fraktion Christlicher Gewerkschafter) wiederum kommt die Diskussion zur falschen Zeit. Die Pensionen würden in einen Topf mit der Budgetfrage geworfen, aber: „Das eine hat mit dem anderen einfach überhaupt nichts zu tun.“ Zur Budgetsänierung wäre es etwa sinnvoll, die Steueraußenstände von 17 Mrd. Schilling einzutreiben, erklärte sie.

**Lehrer: Wenig Vorruhestand**  
Erst 230 Bundeslehrer haben bisher die im September 1998 in Kraft getretene Vorruhestandsregelung in Anspruch genommen. Das sind rund 15 Prozent aller Berechtigten, heißt es aus dem Unterrichtsministerium. Rund 1.500 der 40.000 Bundeslehrer treten jährlich in den Ruhestand. Durch das neue Modell sollte erreicht werden, dass langgediente Pädagogen jüngerer Platz machen, und so eine Korrektur der Alterspyramide erfolgt. Das durchschnittliche Pensionsantrittsalter dieser Personengruppe lag 1999 bei 58,9 Jahren.